

## Zweiter Anlauf: **Antrag gegen aktuelle U5-Planung**

### **Bezirkspolitiker wollen U5-Standortentscheidung politisch beeinflussen**

Nachdem der umstrittene Eilantrag gegen die aktuell untersuchte U5-Nordvariante nicht fristgerecht eingereicht wurde, starten SPD und GRÜNE im Bezirk Nord einen zweiten Anlauf im Hauptausschuss am 7. November. Ziel des Antrags ist es, politisch Fakten zu schaffen, bevor die Untersuchungsergebnisse seitens der Hochbahn vorliegen. Zuvor war mutmaßlich auf der SPD-Klausurtagung durchgesickert, dass die rund 1,2 km kürzere und rund 200 Millionen Euro billigere Streckenführung gute Chancen für eine Empfehlung – möglicherweise noch im November – gegenüber dem U5-Lenkungskreis hat.

Eine mögliche U5-Haltestelle in der Nordheimstraße würde das südliche Ohlsdorf, Teile von Steilshoop und Barmbek-Nord bis hinunter zum Hartzlohplatz erschließen. Die Bezirkspolitiker wollen jedoch von Anfang an eine Haltestelle im Bereich des Hartzloh. Nur hier werde Barmbek-Nord „angemessen“ erschlossen. Die *Bürgerinitiative für einen lebenswerten Hartzloh* und andere von der Planung betroffene Menschen fordern seit 2016 eine Qualifizierung dieser Aussage sowie eine grundsätzliche Diskussionsbereitschaft von SPD und GRÜNE. „Unsere politischen Vertreter wünschen sich eine Aufwertung der Fuhle an genau dieser Stelle. Sie liefern jedoch keine nachvollziehbare Begründung, fühlen sich nicht zuständig oder verweisen bei unangenehmen Fragen im besten Fall an die Hochbahn. Jetzt sehen sie ihre Felle wegschwimmen und handeln aktionistisch. Dabei geben Sie vor „zum Wohle des Bezirks“ zu handeln – die betroffenen Menschen vor Ort sind ihnen bis heute egal,“ kritisiert Robert Lindenau, Sprecher der Initiative.

Aufgrund der negativen Kritik wurde der Antrag überarbeitet. Der geschilderte Sachverhalt liest sich äußerst positiv, der Titel suggeriert, es ginge um eine Verbesserung der Bürgerbeteiligung. Im entscheidenden Petitem des Antrags ist der umstrittene zentrale Punkt jedoch unverändert vorhanden: Die Bezirksversammlung Nord soll sich für eine Haltestelle an der bisherigen Südvariante aussprechen – und damit die Nordvariante politisch ablehnen, bevor die Untersuchungen abgeschlossen sind. Zu Standortentscheidungen beim Bau einer U-Bahn-Linie hat die Bezirksversammlung allerdings kein Anhörungsrecht.

Unterzeichner Christoph Reiffert (GRÜNE) sieht in diesem Antrag keine versuchte Einflussnahme auf die Standortentscheidung, sondern lediglich eine „Empfehlung“ an die zuständige Behörde. Warum dies im aktuellen Antrag nicht durch eine andere Formulierung klargestellt wird, und warum diese Empfehlung unbedingt noch vor Kenntnis aller Fakten ausgesprochen werden muss, ließ er offen.

Datum: 05. November 2017  
Verfasser: Bürgerinitiative für einen lebenswerten Hartzloh  
Internet: [www.lebenswerter.hartzloh.de](http://www.lebenswerter.hartzloh.de)  
Kontakt: [lebenswert@hartzloh.de](mailto:lebenswert@hartzloh.de)  
Ansprechpartner: Robert Lindenau, Daniel Witte, Sven Lundius